

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (7. Jahrgang, Nr. 7, Juli 2013)

Denn auch das ist Gottesdienst: tun was Gott will, ein jeglicher in seinem Stand und Beruf und dem Nächsten in Liebe dienen, auch wenn es durch die geringste Hausarbeit geschieht.

Martin Luther

Rückzieher der EU: Trinkwasser wird doch nicht privatisiert

Brüssel- Im Streit um eine angebliche Privatisierung der Versorgung mit Trinkwasser beugt sich die EU-Kommission dem Bürgerprotest. Der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Michel Barnier will das Wasser jetzt aus dem Anwendungsbe- reich einer Richtlinie herausnehmen, die unter anderem in Deutschland heftige Gegenwehr ausgelöst hatte. Dies teilte Barnier gestern in Brüssel mit.

"Ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger somit sehen, dass die Kommission ihnen Gehör schenkt", heißt es in der Mitteilung Barniers. Mehr als 1,5 Millionen Menschen hatten in der ersten europäischen Bürgerinitiative einen Verzicht auf die Privatisierung von Wasser verlangt. In Deutschland hatten der Städtetag und der Verband kommunaler Unternehmen ebenso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere Politiker vor einer Privatisierung der Wasserversorgung gewarnt. Bundesverbrauchermi- nisterin Ilse Aigner (CSU) äußerte sich zufrieden: "Wasser ist keine Ware wie jede andere, sondern unser wichtigstes Lebensmittel." Bei der Wasserver- sorgung gehe es um den Kern kommunaler Da- seinsvorsorge. "Das soll vor Ort entschieden wer- den, nicht in Brüssel."

Justizministerin Sabine Leutheusser- Schnarrenberger (FDP) sprach von einem "großen Erfolg" für die Kritiker. Die EU-Kommission habe eingesehen, dass die Wasserversorgung Gemeingut bleiben müsse. Das Bundeswirtschaftsministerium begrüßte den "tragfähigen Kompromiss". Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sah die Entscheidung positiv. "Wasser bleibt in Deutschland damit in der bewährten Obhut der Kommunen, die vor Ort am besten entscheiden können, wie die Wasserversorgung organisiert sein sollte", sagte BDEW - Hauptgeschäftsführer Martin Weyand.

aus: „Lübecker Nachrichten“ vom 22.06.2013

»Nehmt unser Geld«

Reiche wollen eine Vermögensabgabe zahlen

Günter Grzega will dem Fiskus gerne mehr geben: Mehr Einkommenssteuer, Teile seines Vermögens und auch mehr für angelegtes Kapital. »Vermögende zahlen in Deutschland viel zu wenig«, sagt Grzega, langjähriger Vorstandschef der Spardabank München.

Grzega ist einer von 63 reichen Deutschen, die sich in der »Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe« zusammengeschlossen haben - einer Gruppe von Bür- gern mit über 500 000 Euro Vermögen. Sie alle finden ihre Besteuerung ungerecht. »Diese Einstellung wird po- pulärer«, sagt Grzega, der das Wort »Steuern« in »Ge- meinwohl-Abgabe« ändern will. »Dann ist viel klarer, wor- um es geht: Dem Staat zu ermöglichen, Gemeinschafts- aufgaben zu erfüllen.«

Weil Reiche daran zu wenig beteiligt seien, müssten Städ- te um Kitaplätze und Bäder bangen. »Es schadet auch den Reichen, wenn der soziale Unfrieden wächst und das Bildungssystem verkürzt wird. Jeder Reichtum basiert auch auf der guten Arbeit Angestellter«, sagt Grzega. »Eine Gesellschaft, in der das Vermögen gleich- mäßiger verteilt ist, funktioniert einfach besser.«

Die Vermögensungleichheit in Deutschland nimmt seit Jahren zu, wie verschiedene Studien zeigen. Nach der aktuellsten Untersuchung der Deutschen Bundesbank besitzen die reichsten 10 Prozent der Haushalte 59 Pro- zent des gesamten Privatvermögens. Gleichzeitig mus- ten Vermögende in den vergangenen zehn Jahren weni- ger Steuern zahlen: Die Vermögenssteuer wurde 1996 abgeschafft. der Spitzensteuersatz unter Rot-Grün von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Dass auf die Gewinne aus Geld- anlagen pauschal nur 25 Prozent ans Finanzamt gehen. hält Thomas Eigenthaler. Chef der Gewerkschaft der Finanzbeamten. für eine »starke Privilegierung der deut- schen Kapitalbesitzer«. Steuern einzusparen sei zu lange als Sport betrachtet worden. sagt Günter Grzega. »Die gesellschaftlichen Folgen waren kein Thema. « Das ändert sich gerade. beobachtet er.

Freiwillig funktioniert das nicht, glaubt Grzega. Stiftungen und Spenden von sozial eingestellten Vermögenden könnten nur eine Ergänzung zum Sozialstaat sein. »Es wäre eine Rückkehr ins Feudalsystem des Mittelalters. wenn Nichtvermögende auf milde Gaben der Reichen angewiesen sind.«

Seine Initiative fordert eine einmalige Vermögensabgabe von zehn Prozent, aufgeteilt auf zwei Jahre und anschlie- ßend eine jährliche Vermögenssteuer von einem Prozent ab einem Vermögen von 500 000 Euro. »Die einmalige Abgabe würde etwa 150 Milliarden Euro erbringen. die jährliche Steuer 15 bis 20 Milliarden.«

Miriam Bunjes in "Publik-Forum" Nr. 11-2013

Private Überschuldung in Deutschland				
Anteile der Hauptgründe in Prozent	insgesamt	nach Altersgruppen (in Jahren)		
		20-25	35-45	55-65
Arbeitslosigkeit	27,0	29,5	27,3	24,3
Trennung, Scheidung, Tod des Partners	14,0	3,8	18,2	13,9
Erkrankung, Sucht, Unfall	12,1	6,7	11,2	17,2
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	11,3	20,7	9,4	7,0
Gescheiterte Selbstständigkeit	8,3	1,4	9,1	12,6
Gescheiterte Immobilienfinanzierung	3,9	0,1	4,6	5,7

Quelle: Destatis, Stand 2011
epd grafik-0987

HÄUFIGSTE URSACHE IST ARBEITSLOSIGKEIT

Arbeitslosigkeit ist die häufigste Ursache für die Überschuldung von Privatpersonen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, war 2011 bei gut jedem vierten Klienten einer Schuldnerberatung (27 Prozent) Arbeitslosigkeit die Hauptursache für die finanzielle Notsituation. Aber auch andere Ereignisse wie zum Beispiel Trennung, Scheidung sowie der Tod des Partners (zusammen 14 Prozent) oder eine Erkrankung, Sucht oder ein Unfall (zwölf Prozent) führten häufig zu Überschuldung. Unwirtschaftliche Haushaltsführung (elf Prozent) und gescheiterte Selbstständigkeit (acht Prozent) waren weitere bedeutende Faktoren. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren acht Prozent der Menschen, die Hilfe bei einer Schuldnerberatung suchten, noch keine 25 Jahre alt. (epd) aus: „Evangelische Zeitung“ vom 17.02.2013

Persönliche Gedanken zur Bundestagswahl am 22. September 2013

„Ich kann doch eh nichts ändern“ ist wohl der häufigste Satz derer, die nicht zur Wahl gehen. Und „Politikverdrossenheit“ wird als Grund dafür genannt, dass die Wahlbeteiligung seit Jahren immer geringer wird. DAGS hält das für eine besorgniserregende Entwicklung und hat deshalb in den Ausgaben Nummer 4., 5. und 6. des Informationsblattes Wahlprüfsteine zu den sozialpolitischen Themen Antikorruptionsgesetz, Privatisierung, Armut und Reichtum, Mindestlohn, Transaktionssteuer, Bankenaufsicht, Vermögenssteuer, Spitzensteuersatz, Familienpolitik und Wohnungspolitik formuliert. Auf Wahlprüfsteine zu anderen Themen wie Verteidigungspolitik, Außenpolitik oder Verkehrspolitik haben wir bewusst verzichtet, denn das sind nicht unsere Themen. – Aber auch hier sollte sich jede und jeder kundig machen. Wir halten es aus verschiedenen Gründen für wichtig, zur Wahl zu gehen:

Demokratie ist die derzeit beste Staatsform. Sie gilt es zu erhalten und ständig weiterzuentwickeln, denn es hat noch nie in der jüngeren Geschichte unseres Volkes einen so langen Zeitraum ohne Krieg gegeben. Und noch nie hatten wir zu unseren Nachbarn ein so gutes Verhältnis wie heute.

Noch nie ist es der Mehrheit der Menschen so gut gegangen wie heute. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass es auch in unserem Land Armut und Gruppen von Menschen gibt, die benachteiligt sind bzw. werden. DAGS sieht sich als Sprachrohr für diese Menschen und versucht, auf diese Benachteiligungen aufmerksam zu machen.

Mathematisch gesehen stützt jeder Nichtwähler mit seiner Haltung Splittergruppen und damit auch die Neo-Nazis. Wer also nicht weiß, welcher Partei er seine Stimme geben soll, sollte lieber einen ungültigen Wahlschein abgeben, als gar nicht zur Wahl zu gehen.

Klaus-Rainer Martin

Alle sind gleich – manche sind gleicher

Über die Einigung im Tarifstreit der Diakonie Niedersachsens

Alle Diakoniemitarbeiter bekommen mehr Geld. Alle? Nein. –Was wie der Vorspann zu einem Comic über die beiden Gallier Asterix und Obelix klingt, spiegelt leider die Realität wider. Erstmals haben sich Diakonie und Gewerkschaften in Niedersachsen an einen Tisch gesetzt und einen neuen Tarifabschluss erzielt. Das sind zunächst positive Nachrichten. Die meisten sollen eine Gehaltserhöhung von mehr als 5 % erhalten. Die meisten.

Doch es gibt noch die anderen. Diejenigen, die in dem so wertvollen Beruf Altenpflege arbeiten, erhalten eine Lohnerhöhung von nur 2,5 %.

Das Lohndumping der tariflosen Wettbewerber verhindern faire Gehälter etwa in der Pflege, begründet dies der Direktor des Diakonischen Werkes der hannoverschen Landeskirche, Jörg Antoine. Private Anbieter, so Antoine, zahlten bis zu 30 % weniger als die Diakonie. Nachvollziehbar klingt diese Begründung. Doch verständlich für diejenigen, deren Beruf in Zukunft immer wichtiger werden wird, ist das wohl nicht. Warum sollen Ärzte in Diakoniekrankenhäusern rund 6,9 % mehr Gehalt bekommen? Diese Frage ist berechtigt. Dass Deutschland auf einen Mangel an Pflegekräften zusteuert, ist sicher allgemein bekannt. Gerade darum muss dieser Beruf attraktiver gestaltet werden. Das wird nicht durch geringe Bezahlung gefördert. Die Diakonie könnte hier Vorbild sein.

Daher ist das von Antoine genannte langfristige Ziel eines gemeinsamen Flächentarifvertrags zwischen Gewerkschaften und der freien Wohlfahrtspflege sicher ein erster Schritt. Bestehen will dabei die Kirche auf ihrem bisherigen Arbeitsrecht, das Streiks der Mitarbeiter ausschließt. Für dieses besondere kirchliche Arbeitsrecht war die Diakonie in der Vergangenheit von den Gewerkschaften scharf kritisiert worden.

In der Zwischenzeit können sich die Pflegemitarbeiter aller Einrichtungen an den gallischen Comichelden ein Beispiel nehmen. Auch sie können für Gerechtigkeit und faire, einheitliche Löhne kämpfen. Mit oder ohne Zaubertrank. Mit oder ohne Streik.

Charlotte Morgenthal in „Evangelische Zeitung“ vom 02.06.2013

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

Beiträge und Anregungen bitte an mathias.mees@web.de

Unser nächstes Treffen findet statt am 9. September 2013 um 18.00 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)

Fürchte dich nicht! Rede nur, schweige nicht! Denn ich bin mit dir.

(Monatsspruch Juli 2013 aus Apostelgeschichte 18,9+10)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg